größer werden können. So sehen es auch viele Wissenschaftler der Bundesrepublik und in der ganzen Welt, die darauf hinweisen. Wenn man z. Zt. beobachtet, wie die wohlhabende Bundesrepublik kurzfristig von einem Haushaltsloch in das andere fällt und das eine Ressort zu sparen glaubt, indem es dem anderen die Lasten aufbürdet, sollte etwas vorausschauendere Planung gar nicht so abwegig sein. Bei Würdigung all der großen Erfolge der Marktwirtschaft und demokratischer Strukturen der Gesellschaft, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik wird die Polarisierung von Reichtum und Armut weiter fortschreiten, die Abwanderung von Kapital in die Billiglohnländer wird sich auch fortsetzen, und es besteht die Gefahr, daß uns hohe Arbeitslosigkeit und soziale Verschlechterung begleiten werden. Unbestritten muß dem Gewinn durch ständigen Druck auf die Kostensenkung auch in Zukunft die entscheidende Stelle in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit eingeräumt werden, denn aus dieser Quelle fließen nicht nur die Steuern für den Staat und die Kommunen, sondern letztlich alle Mittel für den gesellschaftlichen Fortschritt. Aber die Kostensenkungen durch Sozialabbau zu bewirken, sind natürlich ein zweischneidiges Schwert, da sie die Konflikte mit den Menschen verschärfen, deren Arbeit alles trägt und dem inneren Markt Kaufkraft entziehen, wovon erneut Arbeitsplätze bedroht werden.

Ich komme zum Schluß. Vieles mußte ich nach der Wende neu lernen. Ich versuche, es zu begreifen. Ich halte die auf friedlichem Wege erreichte Einheit Deutschlands für eine großartige Errungenschaft und glaube, daß die Chancen des Zusammenwachsens der Menschen in Ost und West besser genutzt werden sollten.

Ich gehe deshalb auch auf jede dieser Konferenzen, die hier stattfinden, um etwas zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen. Ich habe auch in dem Prozeß am Landgericht in Berlin die Aussage nicht verweigert, wie andere vor mir, sondern ich habe die Fakten beigetragen, die ich dazu beitragen kann. Ich danke Ihnen sehr, daß sie mir so geduldig zugehört haben.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Schürer, auch für die am Ende gezeigte konstruktive Grundhaltung. Ich bin mir sicher, daß es sehr viele Diskussionen geben wird, sehr viele Fragen. Als erster hat sich der Kollege Poppe gemeldet.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Die Tatsache, daß alle drei Vortragenden keinen unerheblichen Einfluß auf die Wirtschaft in der DDR hatten, veranlaßt mich zunächst zu der Frage, wann sich denn diese Erkenntnisse, die Sie heute hier vorgetragen haben, zu entwickeln begannen? Wann setzte sich dies in Ihren Köpfen fest? Ist das nun alles ein Ergebnis des offenen Umgangs mit dem Thema nach 1989/90? Aus ihren Vorträgen meine ich entnehmen zu können, daß Sie sich auch vorher schon diese Gedanken gemacht haben.

Welche Freiräume gab es für Leute, die so hoch angebunden waren in der DDR-Wirtschaft, wie eben Kombinatssleiter, Absatzdirektoren oder sogar für

jemanden, der in der Nähe der politischen Führung seinen Platz hatte, wie Sie Herr Schürer? Welche Freiräume gab es überhaupt, über diese Probleme in den Dialog mit der politischen Herrschaft zu treten? Wenn ich mich aus eigenem Erleben erinnere, was diese Plandiskussion, die vorhin genannt wurde, bedeutete, so war es doch etwas, was von unten nach oben gefälscht und erlogen war. Im Grunde genommen waren doch nur Erfolgsmeldungen auf jeder dieser Ebenen erwünscht. Wenn Sie es also damals schon mindestens teilweise gewußt haben, warum gab es, abgesehen von Herrn Apel und einigen anderen Beispielen, so wenig Versuche, dieses System der Erfolgsmeldungen zu durchbrechen?

Meine zweite Frage muß in einem ähnlichem Zusammenhang gesehen werden. Die zunehmende Paranoia der Führung äußerte sich dann in den 70er Jahren in einem nahezu pervertierten System von sogenannter Ordnung und Sicherheit, also in einem Geheimhaltungssystem, das letzten Endes jegliche Effektivität und Innovationsfähigkeit, die mit diesen Kombinatbildungen ja ursprünglich mal beabsichtigt war, zunichte machte. Dies aus diesem Grunde, weil in diesen Kombinat, auch das sage ich aus eigener Erfahrung, die Fachwissenschaftler nicht einmal zwischen einem Betrieb des Kombinats mit einem anderen Betrieb des Kombinats miteinander kommunizieren konnten. Nicht einmal zwischen einer Abteilung und einer anderen Abteilung eines Betriebes wurde kommuniziert. Im Gegenteil, ein Geheimhaltungssystem herrschte vor, das letzten Endes auch jeglichen Zugang zu einem wissenschaftlichen Fortschritt, der eine Annäherung an den Westen hätte erreichen können, verhinderte. Hierdurch wurde der Rückstand permanent erhöht.

Auch hier meine Frage: Was war von der Wirtschaft aus zu unternehmen, um den Rückstand aufzuholen und was haben Sie versäumt? Das Ergebnis war ja spätestens in den 70er und dann erst recht in den 80er Jahren ein Rückstand auf dem Weltmarkt, der natürlich auch dann nicht wiedergutzumachen gewesen wäre, wenn Sie nicht so einseitig an den sowjetischen oder RGW-Absatzmarkt gebunden gewesen wären. Was wäre denn passiert, wenn die Sowjetunion als Ihr Hauptabnehmer verschwunden wäre? Meinen Sie im Ernst, Sie hätten in den 80er Jahren dann noch die Spur einer Chance gehabt, in den westlichen Markt mit dieser Art von Produktpalette hineinzukommen?

In diesem Zusammenhang meine letzte Frage: Es wurde von Ihnen, glaube ich, Herr Döring, eingangs gesagt, es wäre im Sinne einer Autarkie gegenüber der Bundesrepublik gewesen, daß sich die Stahlindustrie entwickeln sollte. War es nicht eher so, daß das Vorgaben von Stalin waren? Daß ein wesentlicher Teil der Stalinschen Theorie ja in dieser Priorität von Schwerindustrie usw. stand, so daß sich alles andere ziemlich zwangsläufig so entwickelte? In diesem Fall wäre die Frage höchstens so zu stellen: Ab wann gab es denn eine Abkopplungsmöglichkeit? Veränderten sich die Möglichkeiten von den 60er oder 50er Jahren zu den 80er Jahren dahingehend auch gegenüber den sowjetischen Interessen, eine gewisse Eigenständigkeit der Wirtschaft zu erreichen? Das würde ich gerne von Ihnen, auch im Hinblick gerade auf die 80er Jahre, erfahren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke. Herr Kollege Poppe, habe ich Sie richtig verstanden, daß die erste Frage an Herrn Schürer gerichtet war und die andere an Herrn Döring?

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die ersten beiden Fragen betreffen eigentlich alle Referenten, da sie in verschiedenen Bereichen in diesen Spitzenfunktionen tätig waren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Gut, dann wissen alle, daß sie in dieser Runde antworten müssen. Ich hätte noch einen Vorschlag zur Verfahrensweise, denn wir haben noch acht Fragestellungen. Darf ich mit Ihrem Verständnis rechnen, daß wir die Fragen ein bißchen bündeln. Meine Bitte also, die Fragen gezielt zu formulieren und natürlich dann auch gezielte prägnante Antworten zu geben. Ich würde vorschlagen, daß Herr Schürer anfängt.

Dr. Gerhard Schürer: Es gab gewisse Freiräume, die natürlich ihre Grenzen hatten. Ich kann auch für mich in Anspruch nehmen, daß ich an verschiedenen Ecken der politischen Entwicklung meine Stimme erhoben habe und mutig gesagt habe, was nicht praktikabel war, und wie ich das anders sah. Im Jahr 1972 trat ich gegen das sozialpolitische Programm auf, weil es in die Verschuldung führte. Im Jahr 1977 erhob ich meine Stimme, weil die Zahlungsbilanz nur noch ganz schwer zu gewährleisten war. 1988 verfaßte ich ein Reformpapier, das nannte sich „Überlegungen“, das ist auch dokumentiert und beinhaltet eine Differenz zwischen Mittag und Schürer in der Wirtschaftspolitik. Dieses Papier enthielt eine ganze Reihe von Reformvorschlägen. Zu diesem Zweck bat ich Honecker um ein Gespräch unter vier Augen, weil das Reformpapier vorsah, Beschlüsse des Parteitages zu ändern, und das kann man nicht, indem man eine Gruppe bildet, sondern hierfür ist ein vertrauliches Gespräch unter vier Augen notwendig. Ich scheiterte schließlich. Die logische daran anschließende Frage: Warum ich nicht gegangen bin, ist eine Frage, die ich mir heute selber oft stelle.

Natürlich stammt ein Teil meiner Erkenntnisse aus der Zeit nach der Wende. Die Erkenntnis, daß die Marktwirtschaft der Planwirtschaft überlegen ist, daß ist eine Erfahrung, die ich mir vorher nicht nur nicht getraut habe zu sagen, sondern ich habe es auch nicht gedacht. Das ist eine Schlußfolgerung, zu der ich nach einer längeren Entwicklungszeit gekommen bin. Und ich muß ehrlich betonen, daß ich aus diesem Grunde auch diesen kurzen Absatz über die Marktwirtschaft kritisch eingefügt habe. Im Hinblick auf die nächsten Jahre kann man im Moment auch daran zweifeln, daß immer alles so gut in der Marktwirtschaft funktionieren wird. Ich glaube, daß eine gewisse Verbindung von zumindestens Planifikation, in der Art, wie sie in Frankreich einmal betrieben worden ist, und einem alleinigen Wirken des Marktes vielleicht doch eine bessere Lösung wäre? Ich bin nun schon zu alt, um diese Möglichkeit voraussagen oder helfen zu können.

Werner Schmutzler: Ja, vielleicht zur ersten Frage: Seit wann haben wir das gemerkt? Das ist sicher unterschiedlich. Ich würde sagen, Herr Poppe, das ist bei unseren Absatzdirektoren oder stellvertretenden Generaldirektoren, jedenfalls in der Elektrotechnik seit Mitte der 70er Jahre diskutiert worden. Es gab immer die Diskussion, wir überleben noch einen Fünfjahrplan und dann ist Feierabend. Es war offensichtlich, Herr Schürer hat das vorhin schon einmal konstatiert, daß man nicht ununterbrochen Pläne vorgeben kann, die das Ist des vergangenen Jahres vernachlässigen und Steigerungsraten festlegen, die auf den nicht erfüllten Plänen des Vorjahres aufbauen.

Das ist die eine Seite. Die zweite Seite: Viele Menschen haben auch in den Betrieben begriffen, daß wir zwar Valuten brauchen, aber um die Valuten zu bekommen, muß man die erforderliche Ware bereitstellen können. Und letztendlich wurden unsere Waren für einen Erlös von 0,2 bis 0,25 verkauft. Hieraus wird ersichtlich, daß es für jeden, der damit zu tun hatte, ersichtlich war, daß das nicht lange gut gehen konnte.

Was konnte man dagegen tun? Man konnte vieles tun, man konnte in jeder Parteiversammlung aufstehen und alles offen ansprechen, das war möglich. Ob hierdurch eine Änderung eingetreten wäre, steht auf einem anderen Blatt. Sie konnten auch, und ich habe persönlich drei Briefe an Herrn Dr. Mittag geschrieben, mit konkreten Vorschlägen aufwarten. Dann hat mir jemand aus der Plankommission mitgeteilt, „daß, was Du da machst, ist alles großer Quatsch, die Briefe wandern sowieso in den Papierkorb, das interessiert niemanden, was Mittag sagt, ist das Gesetz“. Da sich in absehbarer Zeit auf diese Weise sowieso nichts änderte, gab ich dann nach 20 Jahren, 1983, wie man so schön sagt, aus gesundheitlichen Gründen meine Funktion ab. Ich sah keinen Weg mehr, eine Lösung zu finden.

Sie sagten, noch Anfang der 80er Jahre hat man geglaubt, mit den Waren, die Sie hatten, in das Geschäft zu kommen. Ich muß vielleicht dazu folgendes sagen: Wir haben diese Möglichkeit Anfang der 80er Jahre versucht, und es hat auch gute Ansätze gegeben, es hat auch einzelne Positionen gegeben, wo man sich mit bestimmten Firmen aus den alten Bundesländern liieren konnte. Aber es wurden eben bestimmte Ansätze, die sich zeigten, von vornherein aus sicherheitspolitischen Gründen nicht genehmigt.

Ein Beispiel: Es gab eine konkrete Idee, daß der von AEG entwickelte Motorschutzschalter hier in Dresden im Schaltgerätewerk produziert werden sollte. Logisch, daß die AEG, das Wissenschaftliche Technische Zentrum (WTZ) in Dresden kennenlernen wollte. Dies wurde jedoch nicht gestattet, so daß das Geschäft nicht zustande kam und scheiterte. Also wir hätten schon dies und jenes erreichen können, aber es bestanden eben bestimmte gesetzliche Bestimmungen oder bestimmte Sicherheitsbestimmungen, die das nicht zuließen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön! Herr Döring bitte.

Dr. Karl Döring: Herr Poppe, ich glaube, wir müssen bei dieser Beurteilung oder auch Aufarbeitung versuchen, uns vor Schwarzweißbastern zu hüten. Ich kenne den Industriezweig, in dem ich gearbeitet habe, und heute bin ich ja noch in der Stahlindustrie tätig. Mir ist kein Kombinat bekannt, in dem die Fachwissenschaftler nicht miteinander kommunizieren durften. Wenn wir das Problem so sehen, es hätte immer alles der Sowjetunion angedient werden, dann müssen wir aber auf der anderen Seite eingestehen, daß die DDR ja keine Chance hatte, von irgendwo anders ihr Rohstoffaufkommen zu beziehen. Es bestanden somit Wechselbeziehungen und nicht etwa nur ein Ausbeutungsverhältnis. Im Gegenteil, mit der Bezugsmöglichkeit von Erdöl hatte die DDR ja auch gewisse wirtschaftliche Erfolge und Ergebnisse erreichen können.

Zur Frage: Warum habt Ihr die Erfolgsmeldungen nicht durchbrochen? In Vorbereitung auf diese Diskussion habe ich mir die Geschäftsberichte des Kombinates von 1986 erneut aufmerksam durchgesehen. Ich muß zu meiner Schande sogar gestehen, daß ich sie jetzt vielleicht viel aufmerksamer las, als damals, als ich sie unterschrieb. Daß der Mensch natürlich ganz gern eine Erfolgsmeldung abgibt, ist jedem von uns aus seinem persönlichen Leben bekannt. Dennoch gibt es natürlich eine Unzahl von Beispielen, die belegen, daß über die wirklich reale Lage ansatzweise oder auch sehr konsequent informiert worden ist.

Die Frage, ob es überhaupt noch Spielräume in der politischen Führung gab, darauf zu reagieren, muß man wahrscheinlich eindeutig mit nein beantworten. Dies ist vielleicht ein Erklärungsversuch, warum trotzdem nichts passierte. Und veraltete Produktpaletten, die keine Chance hatten, in den 80er Jahren umgesetzt zu werden, erschwerten die Lage.

Ich erwähnte es bereits, daß eine fehlende Konkurrenz und im hohen Maße die Schaffung eines eigenen Beurteilungsmaßstabes, natürlich dazu führten, daß viele Produkte der DDR-Wirtschaft sowohl in der Effektivität in der Produktion als auch in den Produkteigenschaften nicht konkurrenzfähig waren. Diese Situation zu überspringen, ist ja häufig noch nicht einmal in sieben Jahren Marktwirtschaft gelungen. Hier gibt es also eine große Diskrepanz, die außerordentlich viel Kraft verlangt, das zu lösen.

Ich denke, es war eine sehr differenzierte Situation, von Unternehmen zu Unternehmen, von Problem zu Problem unterschiedlich, und das müßte in der Aufarbeitung sicherlich auch seine Berücksichtigung finden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön! Ich bitte noch einmal, daß wir versuchen, die Zeit einzuhalten. Herr Meckel, ich denke, ich mache jetzt doch nur zwei Runden. In der ersten Runde bitte ich Herrn Kollegen Spiller, Herrn Kollegen Hiller, Herrn Professor Burrichter und Herrn Kowalczuk in dieser Reihenfolge. Es kommen dann noch vier weitere Beiträge von Herrn Dr. Fricke, Herrn Dr. Pohler, Herrn Professor Wilke und Herrn Meckel. Das ist die zweite Runde. Dann bitte ich, die Fragen zu sammeln und es notiert sich jeder. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Schürer und eine Frage an Herrn Schmutzler.

Herr Dr. Schürer, war es wirklich so, daß es nie innerhalb des Politbüros oder innerhalb anderer Kreise der SED-Führung eine ernsthafte Debatte über das Wirtschaftssystem der DDR gegeben hat?

Meine Frage an Herrn Schmutzler: Sie haben darauf hingewiesen, daß die Betriebe sehr weit weg von den Kunden in den westlichen Ländern waren, und daß es da immer dieses Außenhandelsmonopol dazwischen gab. Es gab aber ein sehr breites Warenangebot aus ostdeutscher Produktion in Westdeutschland. Versandhäuser haben sich sehr umfangreich damit bestückt. Hat es Ihnen nie Kummer bereitet, daß die Herkunft dieser Güter immer versteckt wurde, daß so gut wie nie dargelegt wurde, aus welchem Betrieb die Güter stammten? Legten Sie keinen Wert auf ihre Marke? Kann man nicht sagen, daß das bis heute nachwirkt? Muß nicht in der Kundenferne, die bewußt über Jahrzehnte in den ostdeutschen Betrieben organisiert worden ist, ein wesentliches Hemmnis auch für den überregionalen Absatz der noch bestehenden DDR-Industrie, oder sagen wir der noch bestehenden aus der DDR übernommenen Industriebetriebe in Ostdeutschland gesehen werden?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich will auch noch einmal auf die Preispolitik eingehen. Es gab viele Produkte aus der DDR in Westdeutschland, die zu Dumpingpreisen veräußert wurden, wo ich mir überhaupt nicht erklären kann, wie man das innerhalb der DDR finanzieren konnte. Ich könnte Ihnen Beispiele nennen, das will ich jetzt aus Zeitgründen lassen. Die zweite Frage.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Bitte, an wen ist die erste Frage gerichtet?

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Also, es kommt ja eine umfassende Antwort, wer dazu etwas sagen will, den fordere ich auf, seine Antwort zu geben, das kann ich nicht genau spezifizieren.

Zu den Ostmärkten: Sie haben gesagt, jemand hätte gelogen, wenn er nicht zur Kenntnis nehmen konnte, daß die Ostmärkte mit der Einheit verschwinden. Welche Strategie wäre möglich gewesen, um hier zu besseren Ergebnissen zu kommen?

Und die dritte Frage: Es gab ja den berühmten Milliardenkredit für die DDR. Welche ökonomische Bedeutung hatte dieser für die Betriebe in der DDR?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Professor Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Schürer, bei allem Respekt vor Ihrem persönlich gehaltenen Statement, möchte ich Sie doch auf eine Passage Ihres Referats noch einmal hin befragen. Sie stellen auch in Ihrem Referat fest,

„daß sich die Marktwirtschaft geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft überlegen erwiesen hat“. Mit Verlaub, dies ist trivial und wir haben selbst auch in der alten Bundesrepublik mit dieser, sagen wir einmal hochdifferenzierten Dichotomie schon gearbeitet. Wir haben auch schon früh viele Leute gehabt, die in dieser Weise klassifizierten: Marktwirtschaft ist gut und Planwirtschaft ist böse. Ich denke aber, wenn wir die Situation aufarbeiten wollen, und wir sind jetzt gerade dabei, soziale Marktwirtschaft, dann gehört es mit dazu, mehr dazu auszuführen, was denn nun Planwirtschaft eigentlich gewesen ist, und woran es denn nun eigentlich gekrank hat. Und ich würde Sie bitten, mir darauf Antwort zu geben, ob nicht dahinter ein Menschenbild stand, das einerseits einfach nicht nur zynisch, sondern auch unrealistisch war und dahinter andererseits auch gleichzeitig ein Selbstverständnis von Politik stand, das in hohem Maße totalitär agierte. Wenn man dies weiter aufarbeitet, dann kommt man auch ein Stückchen weiter, als nur zu der platten Feststellung, die Planwirtschaft war einfach nur schlecht.

Eine Frage an Herrn Döring: In der von unserem Vorsitzenden heute morgen schon so löblich erwähnten alten DDR-Forschung haben wir in den 70er Jahren bereits in der DDR Diskussionen nachvollzogen, die unter der Rubrik Forschung, Entwicklung, Produktion liefen. Dabei ging es um die Überleitungszeiten von Innovationen aus dem Forschungsbereich in die Praxis. Ein Kollege, der sich sehr intensiv damit am Kölner Bundesinstitut beschäftigt hat, Arnold Buchholz, hat mit einer Metapher festgestellt: „Im Sozialismus müssen die Innovationen in die Industrie gepumpt werden, in der Marktwirtschaft werden sie von der Industrie sozusagen, wenn sie denn vorhanden sind, aufgesogen“. Mir scheint diese Metapher immer noch sehr trefflich zu sein, insofern bin ich etwas erstaunt, daß Sie für Ihren Sektor festgestellt haben, da sei dies sozusagen reibungslos verlaufen, vielleicht war es untypisch für die DDR, vielleicht können Sie das noch etwas spezifizieren? Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Döring. Wenn ich recht informiert bin, dann waren Sie ja nicht nur Generaldirektor eines großen Kombines in der DDR, sondern auch einige Jahre stellv. Minister eines Industrieministeriums. Deshalb meine Frage an Sie: Herr Schürer hat vorhin m.E. ganz richtig gesagt und es war auch wichtig, daß er das noch einmal betont hat, daß in der DDR der Grundsatz des Primats der Politik über die Wirtschaft herrschte. Vielleicht könnte man da noch deutlicher sagen, das Primat der Ideologie herrschte über die Wirtschaft. Mich würde nun aus Ihrer Sicht interessieren, Sie haben ja sowohl praktisch in der Administration als auch an der Basis, sofern man in einem Kombinat und bei einem Generaldirektor von der Basis sprechen kann, dieses Spannungsfeld erleben und aushalten müssen. Inwiefern gab es da Unterschiede zwischen dieser ministerialen Ebene und der Ebene des Kombinats?

Die zweite Frage richtet sich dann an alle drei Herren, da gebe ich nur ein Stichwort: Cocomliste. Mich würde interessieren, wie damit praktisch in Ihren Bereichen umgegangen wurde und ganz speziell, welche Rolle spielte dabei die Wirtschaftsspionage? Ich würde auch gern erfahren, inwiefern Sie auf die Zusammenarbeit mit dem KoKo- Bereich angewiesen waren?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an Herrn Döring und zwei Fragen an Herrn Schürer. Herr Döring, Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen die Kontrollmechanismen dargelegt, mit denen die Wirtschaft und wirtschaftliche Entscheidungen administrativ und ökonomisch überwacht wurden. Mich würde einmal interessieren, ob Sie auf Ihrer Entscheidungsebene auch Kontrollmechanismen zu spüren bekommen haben, die von der Staatssicherheit ausgingen? Es ist ja so, daß die Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit und die entsprechenden Linien in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen speziell auf wirtschaftliche Fragen angesetzt waren. Können Sie Aussagen darüber machen, inwieweit Erkenntnisse aus dem Betrieb auf dieser inoffiziellen Ebene erarbeitet worden sind?

Damit bin ich schon bei den Fragen für Herrn Dr. Schürer.

Erstens: Haben diese möglichen Erkenntnisse der Staatssicherheit die Parteiführung, also das Politbüro, erreicht? Es gab ja zentrale Analysen auch über die wirtschaftliche Situation, die die Staatssicherheit erarbeitete, also vor allen Dingen die Analysen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS. Haben diese Analysen die Parteiführung erreicht, wurden sie überhaupt zur Kenntnis genommen? Wie war das in der Staatlichen Plankommission?

Und die zweite Frage in diesem Zusammenhang: Wir haben sowohl von Herrn Döring als auch von Herrn Schmutzler gehört, welchen formalen Charakter die Plandiskussionen gehabt haben. Hat eigentlich die Plankommission die Ergebnisse solcher Plandiskussionen überhaupt zur Kenntnis genommen? Hat sie Einflüsse auf Entscheidungen der Staatlichen Plankommission gehabt, oder war das von vornherein eine Art Phantomdiskussion, die nur zum politischen Ritual gehörte, die aber keinerlei Einfluß auf die Erstellung der Staatspläne hatte?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Pohler bitte.

Abg. Dr. Hermann Pohler (CDU/CSU): Zuerst eine Frage an Herrn Döring. Sie sprachen vom Wert der Planung, der straffen Planung, daß das doch eine wichtige Angelegenheit oder eine echte Abrechnungsbilanz gewesen wäre. Aber es ist ja bekannt, daß wir in jedem Jahr mindestens zwei bis drei Plankorrekturen hatten, oder wie wir dann gesagt haben, Planpräzisierungen, so daß am Jahresende der Plan immer gestimmt hat. Ist das nicht insgesamt für die Frage der Produktion, auch als Anreiz für die Werktätigen, schädlich gewesen?

Wie wir gesagt haben, im Prinzip haben wir uns ja die Jahresendprämie immer errechnet.

Sie sprachen auch von konkreten Kennziffern und synthetischen Kennziffern – die Erläuterung dieser beiden Begriffe wäre sicherlich nicht ganz uninteressant – und in dem Zusammenhang betonten sie auch die Bilanzkorrektur. Hier ist mir etwas schleierhaft, wie man eine Bilanz, die ja objektiv sein sollte, korrigieren kann. Geht das nicht gleichzeitig mit einer Verschleierung der echten Ergebnisse einher? Was war der Sinn dieser Bilanzkorrektur?

Herr Schmutzler, Sie waren ja im Export tätig, auch in dieser Richtung die Frage, wir haben ja Richtung Ost sicherlich negativ verkauft, aber es ist ja kein Geheimnis. Sie sagten selbst schon einmal eine Zahl zwischendurch, daß wir in das „NSW“ ja immer mit Negativfaktor arbeiteten. Wenn wir bei einer Rentabilitätskennziffer von 0,8 oder 0,9 lagen, war das ja schon ein Riesenerfolg, soweit sind wir aber nie gekommen. Wir lagen in der Regel unter 0,5. Wie hat sich dann dieses Ergebnis, wenn es nicht nur politisch begründet war, für den Betrieb gerechnet? Im Prinzip war dies eigentlich die Talfahrt für unsere Wirtschaft, obwohl wir uns schon immer als 7. Industrienation hochgerechnet haben. Dies war eigentlich der Nachweis, daß wir nicht konkurrenzfähig waren.

Eine abschließende letzte Frage noch an Herrn Schürer. Herr Schürer, Sie haben 1989 eine bemerkenswerte Analyse über die ökonomische Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorgelegt, in der auch über die Arbeitsproduktivität bestätigt wurde, daß sie etwa bei 30 % oder niedriger liegen würde, und Sie haben Aussagen über die Substanz unserer Betriebe gemacht. Sie sprachen außerdem über die Verschuldung der DDR. Stehen Sie nach wie vor zu diesen Aussagen, die in dieser Analyse festgelegt sind?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Als nächster Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich will noch einmal auf den Aspekt Embargolisten eingehen, die ja eine gewisse Rolle in Ihrer Argumentation gespielt haben, um zu erklären, warum der technische Fortschritt aus dem Westen für die DDR nicht greifbar war. Nun muß man ja einmal festhalten, daß diese Embargolisten entstanden, als die Amerikaner 1948/49 zur Kenntnis nehmen mußten, welchen hohen Rang die Werkspionage und auch die Atomspionage der Sowjetunion für die Weiterentwicklung des sowjetischen Atomprogramms hatte.

Das wäre meine erste Frage an Herrn Schürer: Welchen Anteil hatte eigentlich die Ökonomie der DDR für die Rüstung in den verschiedenen Perioden ihrer Existenz aufbringen müssen? Der Westen hatte doch allen Grund, gewissermaßen zum eigenen Schutz vor sowjetischer militärischer Überlegenheit, sie von all den Technologien fernzuhalten, die einen Angriffskrieg auf die Dauer gesehen, überhaupt führbar machten. Wenn wir diesen Zusammenhang diskutieren, müssen wir auch über den Anteil von Sicherheit, Aufrüstung und mili-

tärisch industriellen Komplex in der Sowjetunion für die Ökonomie in der Auswirkung auf die DDR sprechen. Vor allen Dingen müssen wir über diesen Zusammenhang diskutieren, so daß wir das bitte nicht nur als fachökonomische Debatte verstehen wollen.

Herr Schmutzler, Sie haben vorhin den wichtigen Satz gesagt: „Wir wußten, noch einen Fünfjahrplan, dann sind wir am Ende“. Sie nannten dann ein Beispiel, wie sozusagen durch sowjetische Sicherheitsinteressen – vielleicht kann man das ein bißchen in dieser Begrifflichkeit schon sagen –, hier doch Kolonialstrukturen sichtbar wurden, daß der Ausweg der Elektroindustrie, in Kooperation mit den Firmen der Bundesrepublik Deutschland, Erzeugnisse wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln, um damit überhaupt konkurrenzfähig zu werden, verboten wurde.

Es kam der Begriff der Sicherheitspolitik. Sie sagten: „Wir wußten, noch einen Fünfjahrplan geben wir uns“. Welche Vorstellung hatten Sie denn davon, wie das nach fünf Jahren weitergehen sollte, wenn diese Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik „vor den Baum gefahren war“, wenn sie bankrott war? Was war die Perspektive?

Das führt mich zu einer abschließenden Frage an Herrn Döring und an Sie, Herr Schmutzler. Die hochgelobte westdeutsche DDR-Forschung – mein Vordrucker, der Kollege Burrichter hat sich darauf eben so positiv bezogen, mir wird dagegen immer ein bißchen schlecht dabei – hat ja an der Fälschung des DDR-Bildes über die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft mitgewirkt. In dieser DDR-Forschung wurde im Zusammenhang mit der sogenannten Realismuswende, als man den Totalitarismus verabschiedete und sich darauf beschränkte, daß die DDR ein eigener Staat sei und eine eigene vielleicht sozialistische Nation im Rahmen des sozialistischen Lagers werden würde, betont, daß es doch Kräfte der inneren Reform gäbe. Und die Hoffnungsträger der DDR-Forschung, der systemimmanenten in der Bundesrepublik sitzen hier in ihrer Person vor uns. Warum sind die Kombinatdirektoren, warum sind die hohen Wissenschaftler, warum sind die Nomenklaturkader, die zur technisch-wissenschaftlichen Intelligenz gehörten, nie aufgestanden? Warum gibt es nicht, wie es sie in Polen und woanders gegeben hat, Papiere von Ihnen, in denen Sie gesagt haben, es muß Schluß sein mit der Herrschaft der Politoffiziere, der ersten Sekretäre der Bezirksleitungen und Kreisleitungen? Warum hat es das nicht gegeben, und wo war dann Ihre Perspektive für den letzten Plan, der danach kam?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke Herr Professor Wilke. Als letzter in der Liste Herr Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Zuallererst möchte ich mich dafür bedanken, daß Sie sich für dieses Gespräch zur Verfügung gestellt haben. Insbesondere möchte ich mich für die Worte von Herrn Schürer bedanken, der auch noch einmal klar gestellt hat, daß er sowohl die eigene Verantwortung nicht leugnet,

sich auch sehr kritisch mit dieser Vergangenheit auseinandersetzt, und ich denke, das gilt für Sie alle.

Eine Bemerkung und eine Frage. Die Bemerkung zur Rede von der Marktwirtschaft. Mir ist das alles zu pauschal, weil uns ja wohl allen deutlich ist, jedenfalls sein müßte, daß es nicht die Marktwirtschaft gibt. Ich meine, wer nach Amerika schaut, sieht ein ganz anderes Wirtschaftsgefüge als es etwa in der Bundesrepublik seit Ludwig Erhard besteht. Fragen über die Tarifautonomie und andere Dinge spielen für dieses Gesamtsystem eine zentrale Rolle, deshalb will ich das nur anmerken. Es müßte aber klar sein, daß es für die Gestalt der Marktwirtschaft und im Funktionieren von zentraler Bedeutung ist, daß ihr durch die Politik Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, um die sozialen und ökologischen Folgen in das System einzubeziehen. Wenn ich mir andererseits z. B. den Agrarmarkt der Europäischen Union ansehe, frage ich mich schon, was das mit Marktwirtschaft zu tun hat. Aber das ist nicht unser heutiges Thema.

Meine Frage bezieht sich auf die Bedeutung von Umweltfragen in der DDR-Wirtschaft. Seit wann spielte das in Ihrem Denken und auch in Planvorgaben eine Rolle? Wir wissen von westlichen Entwicklungsabläufen, daß dies auch nicht von Anfang an wichtig war, sondern insbesondere durch die Grüne Partei stärker ins öffentliche Bewußtsein gebracht worden ist. Ab wann spielte das in den Planvorgaben der DDR eine Rolle, und welchen Einfluß hatte das auf die Vorgaben, die Sie an die Betriebe gaben? Welche Rolle spielte es für die Art der Produktion, insbesondere in den Betrieben und den Wirtschaftsbereichen, die Sie repräsentierten? Welche Rolle spielte, und welche Wirkung hatte die Geheimhaltung, die diesen Bereich ja doch weitgehend betraf, für den Umgang mit ökologischen Fragestellungen, sowohl wirtschaftlich als auch für Ihre eigene Möglichkeit, die Produktion zu gestalten?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, wir haben 20 Fragen. Ich hoffe, daß wir in einer akzeptablen Zeit und in guter Qualität mit den Antworten rechnen können. Bitte Herr Döring.

Dr. Karl Döring: Die Formulierung, die Forschung hätte in unserem Kombinat „reibungslos geklappt“, habe ich so nicht gebraucht. Natürlich wäre dies auch keine korrekte Aussage. Dennoch will ich daran erinnern, daß die Kombinate große eigene Forschungsbereiche hatten, die integraler Bestandteil im Unternehmensverbund waren, und die Führung des Unternehmens war schon daran interessiert, daß 150 Leute nicht nur Kostgänger waren, sondern auch Ergebnisse hervorbrachten.

Zum Grundsatz des Primats der Politik über die Wirtschaft, zur Spannung Verwaltung-Basis: Durch Spannungen in der Verwaltung bin ich aus der Verwaltung nach Eisenhüttenstadt „gegangen“ worden. Daraus resultiert, daß also in den Zeiträumen, wo ich in Eisenhüttenstadt gearbeitet habe, die Spannungen natürlich auch weiter existierten. Sie nahmen ganz einfach deshalb zu, weil man natürlich vor Ort, und als Generaldirektor war man schon vor Ort, die

Schwierigkeiten der Wirtschaftsrealisierung hautnaher und härter, sowie auch im konsequenten Dialog mit den Mitarbeitern miterlebte, als vielleicht in der Verwaltung. Insofern gab es dieses Spannungsfeld, und es wurde auch nie aufgelöst.

Zur Frage der Kontrollmechanismen – Staatssicherheit, Erkenntnisse aus dem Betrieb: Zunächst einmal war die Staatssicherheit in jedem Falle an Untersuchungen beteiligt, wenn außergewöhnliche Vorkommnisse existierten. Tödliche Unfälle, Brände usw. Die Untersuchungsberichte standen dabei nicht zur Verfügung, in der Regel allerdings die Informationen über die Untersuchungsergebnisse. Es ist so, daß die für die Wirtschaft zuständigen Bearbeiter in den Kreis- und Bezirksdienststellen auch eigene Analysen anfertigten. Selbst, wenn das hier in dieser Runde kurios klingt, waren sie mitunter für die Lösung wirtschaftlicher Probleme hilfreich, weil eben da wirklich auch sehr zugespitzt das aufgenommen wurde, was sie aus Gesprächen mit bestimmten Leuten bekamen. Die Möglichkeit, dies dann über die administrativen Wege zu lösen, war jedoch in der Regel stark eingeschränkt, oder es fand überhaupt nicht statt.

Zur Frage der Abrechnungsbilanz, Planpräzisierung, Jahresendprämie: Ich habe es auch immer für einen Mangel gehalten, daß die Arbeiterklasse sozusagen das Ideal sein mußte. Zuletzt galt also die Losung: „Die Arbeiterklasse kann es ja nicht verschuldet haben, deswegen muß sie ihre Prämie kriegen“. Das war kontraproduktiv. Das ist meine Auffassung zu diesem Thema.

Zur Bedeutung von Umweltdaten in der Planung: Ich muß korrekterweise zugeben, daß ich diesen Aspekt sträflich spät so ernst genommen habe, wie ich ihn heute ernst nehme. Vielleicht lag das auch zunächst daran, daß in unserer gesamten politischen Betrachtung der Umweltaspekt eine zu geringe Rolle spielte. Des weiteren waren die Daten auch nicht ausreichend vorhanden und Kräfte, die das ins Bewußtsein rückten, waren in der DDR kaum vertreten. Erkenntnisse Mitte der 80er Jahre stießen dann auf große Schwierigkeiten, investiv etwas zu realisieren, vor allen Dingen was die Abluftprobleme im Stahlprozeß betrafen, aber auch natürlich die Abwasserzusammenhänge. Da ist nicht entsprechend der Notwendigkeiten gearbeitet worden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Dr. Döring und bitte Herrn Schmutzler, seinen Teil zu beantworten.

Werner Schmutzler: Zur ersten Frage: Tat es nicht weh, wenn die Produkte nicht unter unseren Namen verkauft worden sind? Vielleicht zwei Bemerkungen hierzu. Es gab Produkte, die in die Nomenklatur desjenigen paßten, der sie gekauft hat. Der Kunde stellte insofern die Forderung, ich trete als Verkäufer dieses Produktes auf, weil es dazugehört. Das hat uns nicht gestört. Zweitens, war es eine halbe Erpressung. Entweder wir stimmten zu, daß der Name nicht erscheint, oder wir konnten nicht verkaufen, und das war bei vielen Konsumgütern der Fall. Aus diesem Grunde vertraten wir die Meinung: Also bitte schön, bezeichnet das wie Ihr wollt, die Hauptsache ist, wir können erst einmal verkaufen.

Im Zusammenhang mit Dumpingpreisen muß ich eindeutig beteuern, daß das Kombinat EAW und dessen Betriebe keine Dumpingpreise anwendeten. Wir haben auch nie ein Verfahren wegen Dumpingpreisen gehabt. Der Preis, der in den alten Bundesländern veranschlagt wurde, war ein Preis, der zwischen den Partnern verhandelt worden ist und der entsprechend den handelsüblichen Preisen in den alten Bundesländern nicht anders vereinbart hätte werden können.

Zur zweiten Frage: Wie wurde das finanziert? Der Betrieb bekam einen Valutawert als Plan vorgegeben und zu diesem Valutawert einen sogenannten Industrieabgabepreis. Demonstriert man es an einem Beispiel: Der Valutawert betrug 20 Mio. und der Industrieabgabepreis betrug 80 Mio. Daß das für die DDR-Wirtschaft keine günstige Situation war, liegt auf der Hand. Auf diese Weise wurde jedoch der Betrieb gestützt. Er bekam eine Stütze von so und soviel Millionen, um das überhaupt durchführen zu können, und durfte diese nicht überschreiten.

Zum Ostmarkt: Da gibt es eigentlich nur eine Antwort. Man hätte sich vor der Einführung der Währungsunion überlegen müssen, wie machen wir denn das mit dem Ostmarkt? Können wir eine Lösung finden, um die alten Verrechnungsbasen zu erhalten, oder können wir sie nicht finden? Ich bin kein Finanzspezialist, aber man hätte zumindest einmal darüber nachdenken müssen, daß am 2. Juli 1990 nicht Polen und Tschechen und Ungarn plötzlich in DM bezahlen konnten. Da hätte man sich überlegen müssen, finden wir hier noch eine alte Verrechnungslösung oder nicht. Das ist offensichtlich versäumt worden, und eine andere Lösung hätte es gar nicht geben können.

Zur dritten Frage: „Wenn in fünf Jahren Schluß ist, was passiert dann?“ Also wir haben nicht gedacht, Herr Professor Wilke, daß wir eine Revolution bekommen. Wir gingen davon aus, daß es uns mit dauernden Hinweisen und mit ständiger Kritik gelingen würde, eine Veränderung in der politischen Führung bei uns zu erreichen. Das ist naiv, wie wir heute sicher sagen, aber daran haben wir eigentlich geglaubt. Auch ich war fest davon überzeugt, daß jeder normale Mensch einsehen mußte, daß man auf diese Art und Weise nicht weiterwirtschaften konnte, und daß man eine Veränderung herbeiführen mußte. Wir waren eigentlich, Sie können viele Wirtschaftler fragen, fest davon überzeugt, daß es irgendwann eine Lösung innerhalb der DDR dahingehend geben würde, daß es eine andere Politik geben würde, und zwar eine Politik mit Tendenzen der Marktwirtschaft. Wobei ich mich hier zur Marktwirtschaft, wie sie zur Zeit betrieben wird, nicht äußern will. Das haben andere schon getan, aber ich habe auch meine Meinung hierzu. Auf jeden Fall haben wir uns das so vorgestellt.

Zur Frage: Warum sind die Wissenschaftler in der DDR nicht aufgestanden? Warum haben die Wissenschaftler bzw. die Ökonomen das geduldet? Also ich muß sagen, ich habe keinen revolutionären Anhang hinter mir gehabt. Ich hatte viele Mitarbeiter mit denen ich versuchte, die Probleme aufzuarbeiten. Wir bemühten uns ehrlich, mit kritischen Hinweisen darzulegen, was zu verändern sei, aber wir griffen keinesfalls die Politik an. Statt dessen griffen wir die Öko-

nomie an und betonten, daß das so und so nicht funktioniert. Wie das bei den Wissenschaftlern an den Hochschulen aussah, weiß ich nicht, aber in der Industrie war das auf alle Fälle so, daß keiner an irgendwelche umsturzerische oder revolutionäre Maßnahmen dachte. Es herrschte vielmehr die Meinung vor, daß es ökonomisch zu Veränderungen kommen mußte.

Zur letzten Frage: Umweltprobleme haben wir, da gebe ich Herrn Döring recht, sicher viel zu spät beachtet. Ich weiß nur, daß sie bei uns aufgetreten sind und anschließend sofort harte Maßnahmen ergriffen worden, um sie zu bereinigen. Konkretes Beispiel: In Thüringen hat ein Betrieb von uns seine Galvanik-Abwasser ins Wasser abgeleitet. Als Konsequenz starben alle Fische. Innerhalb einer Woche konnte das Problem dann geklärt werden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Schürer, bitte beenden Sie die Runde der Antworten.

Dr. Gerhard Schürer: Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Erstens, gab es Diskussionen über das Wirtschaftssystem im Politbüro, zum Teil sogar sehr heftige mit negativem Ausgang. Es gab sehr heftige Debatten auch beim Neuen Ökonomischen System. Hier gab es absolute Gegner im Politbüro, jedoch wurde das NÖS dennoch beschlossen. Und es gab später dann noch so kleinere Plänkeleien. Unter Ulbricht wurde im Politbüro viel mehr gestritten und diskutiert als hinterher in der Ära Honecker.

Zu den Dumpingpreisen: Sie wurden volkswirtschaftlich durch einen Richtungskoeffizienten finanziert. Wer eine Mark Export in die Bundesrepublik erlöste, bekam als Richtungskoeffizienten noch 3,40 DDR-Mark als Ausgleich für die ungenügende Rentabilität. Das war der Durchschnitt der Volkswirtschaft, davon gab es jedoch auch Abweichungen, und hin und wieder kam es auch zu Dumpingpreisen insbesondere auf dem Konsumgütersektor. Das betraf vor allen Dingen die Ware, die in die Kataloge der Bundesrepublik Eingang fanden.

Zum Milliardenkredit von Strauß: Dieser Milliardenkredit war für die DDR wichtig und sehr wertvoll, weil die DDR zu dieser Zeit nur kurzfristige Kredite und zwar mit Warenbindung erhielt. Wir benötigten jedoch langfristige und freie Kredite. Des weiteren waren auch damals die Zinssätze sehr hoch. Dieser Milliardenkredit half uns, unsere Stabilität zu gewährleisten. Ich muß allerdings konstatieren, daß dies eigentlich ein stinknormaler Kredit war, denn wir mußten sieben Milliarden-Kredite im Jahr aufnehmen und nicht nur eine Milliarde. Wir nahmen daher auch andere Milliardenkredite auf, die nicht ins Gespräch gekommen sind. Die Tatsache, daß uns dieser Kredit vor der Pleite gerettet hätte, ist einfach unwahr, denn die DDR war gerade in dieser Zeit durch die Exportoffensive, die vorher stattgefunden hat, in die Lage gekommen, daß sie auf der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ein Pluskonto von 1,5 Milliarden Dollar verzeichnen konnte. Ich betone Dollar, währenddessen der Milliardenkredit damals in Dollar ausgedrückt 360 Millionen Dollar ausmachte.

Zum Problem Planwirtschaft, Marktwirtschaft und der ungenügenden Klärung und Diskussion: Ich halte das, was darüber gesagt worden ist, für richtig. Das ist völlig ungenügend, auch meine Zusammenfassung ist ungenügend, und es lohnt sich offensichtlich, über dieses Problem weiter nachzudenken. Auf jeden Fall haben wir in der Planwirtschaft geglaubt, mit einem „neuen Menschen“ arbeiten zu können. Ich denke, das ist jedoch eine Illusion, denn der Mensch ist wie er ist, und er wird immer in dieser Hinsicht der Mensch bleiben, nicht wie wir ihn uns wünschen, sondern wie er eben ist.

Zu den Fragen von Herrn Wilke und Herrn Fricke über die Cocomliste: Für uns war diese Embargoliste, die der Westen gemacht hat, erst einmal politisch verständlich. Natürlich mußte sich Amerika vor dem Verkauf der militärischen Technologien schützen und fertigte aus diesem Grunde solche Listen an. Uns schienen sie aber sehr überzogen zu sein, da sie Gebiete umfaßten, die gar nichts mehr mit diesen technologischen Dingen zu tun hatten. Das hat uns mächtig gestört und gehemmt, und das offenbart ja auch die Tatsache, daß dann über den Bereich Kommerzielle Koordinierung von Schalk-Golodkowski Ware ge- und verkauft worden ist, die auf den Embargolisten stand.

Ich will mich dazu nicht weiter äußern, da noch Ermittlungsverfahren laufen. Diese Ware ist in die DDR gekommen, wobei ich denke, daß die Embargoliste für uns selbst gar nicht galt. Sie galt erst einmal für den, der verkaufen wollte und deswegen glaube ich auch, daß das hier im Moment ein bißchen auf dem Kopf steht, wenn das so diskutiert wird.

Zum Anteil der Verteidigung und Sicherheit am Staatshaushalt: Dieser betrug etwa 8 %. Ich bitte dabei zu beachten, daß Sie den Staatshaushalt nicht mit dem der BRD vergleichen, weil der Staatshaushalt in der DDR sehr hoch war. Die ganzen Gewinne der volkseigenen Wirtschaft wurden über den Staatshaushalt zentralisiert und wieder verteilt, so daß der Staatshaushalt sehr hoch war. Also die 8 % zeigen, daß sich die DDR sehr stark auf diesem Gebiet engagieren mußte.

Zu den Erkenntnissen der Staatssicherheit, die über die wirtschaftliche Lage informierten: Diese Informationen erhielt die Plankommission nicht in ihrer Institution als Plankommission, sondern ich habe diese Informationen als Kandidat des Politbüros erhalten. Diese Informationen waren den Politbüromitgliedern als Information von Mielke an die einzelnen Personen des Politbüros bekannt. Ich muß auch sagen, daß manche dieser Dinge, die ich hierdurch erfahren habe, natürlich auch so waren, daß die Staatssicherheit diese Informationen aus unserem Apparat herausholte. Um ein Beispiel zu geben: Das Schürer-Papier, was Herr Eppelmann am Anfang erwähnte, d. h. die Einschätzung der ökonomischen Lage von 1989, diese Aufstellung gibt es auch als Information der Staatssicherheit. Die Staatssicherheit verstand es, das Material von uns vorher „abzukaufen“ oder abzuholen. Es ist aber ein- und dasselbe Material. Die Verschuldung wurde in diesem Material mit 49 Milliarden angegeben, wie auch Herr Eppelmann vorhin erwähnte.

49 Milliarden und sie fragten mich, ob ich heute noch dazu stehe?

Die Zahl war schon damals insofern falsch, als die Geheimkonten, die existierten, von mir nicht genannt werden durften. Natürlich kannte ich diese als Chef der Zahlungsbilanzgruppe, aber ich durfte sie aufgrund der Geheimhaltungsbestimmung nicht nennen. Die Schulden beliefen sich damals auf 38 Milliarden und wurden auch im Bericht der Volkskammer mit 20,6 Milliarden Dollar, das ist die Umrechnung der 38 Milliarden, angegeben.

Ich muß übrigens darauf aufmerksam machen, daß es inzwischen ein ausgezeichnetes Material gibt, von einem exzellenten Kenner dieser ganzen Materie, von Herrn Dr. Arnim Volze, der als Ministerialrat a.D. in der Bundesregierung gearbeitet hat und in seinen zusammenfassenden Rechnungen auf eine Verschuldung der DDR von 13 bis 14 Milliarden Dollar im Jahr 1990 kommt. Es existierten auch zu diesem Zeitpunkt noch Teile des Schalck-Vermögens, das von uns als Devisenausländer behandelt werden mußte. Wir durften das nicht in unsere Bilanzen aufnehmen und was so inzwischen realisiert worden ist und in die Berechnung eingegangen ist.

Zum Thema Umweltschutz: Ich bin relativ früh aufgrund meiner Tätigkeit als Planungschef mit diesen ganzen Fragen in Berührung gekommen. Es gab ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, das dann auch gewisse Pläne in dieser Richtung ausarbeitete. Die Hauptbelastung der DDR und der Umwelt resultierte aus der hohen Braunkohleproduktion, aus der Weiterführung der Kohlekarbidchemie, aus der Wismut, aus der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und aus der Großproduktion der Landwirtschaft in bezug auf die Nitratbelastung des Bodens. Die Maßnahmen, die wir dagegen unternahmen, waren ungenügend und die Zahlen, die heute bekannt sind, sind Fakt.

Die Tatsache, daß heute die Zahlen in einem positiveren Licht stehen, liegt aber nun nicht nur an den besseren Ergebnissen, die man durch Investitionen erzielte, sondern vor allen Dingen an der Deindustrialisierung, durch die eine ganze Reihe der Betriebe geschlossen worden und die somit die Umwelt nicht mehr belasten können. Daß die Umwelt nicht mehr belastet wird, empfinde ich als äußerst lobenswert und wichtig, hingegen kann ich es nicht gut heißen, daß die Produktion nicht mehr vorhanden ist.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Schürer. Ich will mit kurzen Bemerkungen diese Runde abschließen. Wir hörten überaus interessante Erfahrungsberichte und klärende Antworten. Es ist mir schwer gefallen, nicht selbst noch einige Fragen zu stellen. Ich meine, daß wir alle noch Informationsbedarf zu den verschiedenen Bereichen wie Preisbildung, Planung und Organisation empfinden.

Ich freue mich, daß der Bedeutung der Wirtschaft in dieser Runde endlich einmal so Rechnung getragen worden ist und wird, wie wir das als die, die wir hier gewohnt haben, tatsächlich auch empfunden haben, auch deshalb, weil die Wirtschaftsfragen im Prozeß der Deutschen Einheit überaus relevant sind. Was

Arbeitslosigkeit bedeutet, haben wir in dieser Konsequenz früher nicht gewußt. Ich danke denen, die hier im Podium gesprochen haben, die dazu beigetragen haben, daß die Diskussion so interessant war. Herr Dr. Schürer hat, vielleicht unbewußt, den Bogen schon zum Nachmittag gezogen, als er Herrn Volze ansprach, den wir heute Nachmittag hören. In dem Sinne herzlichen Dank.

Abg. Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank Herr Dr. Jork. Wir müssen jetzt in irgendeiner Form noch einen Kompromiß schließen und uns einigen, wann wir wieder beginnen. Mein Vorschlag wäre, keine 60 Minuten, sondern nur 45 Minuten Mittagspause und treffen uns hier um 14.45 Uhr zur Fortsetzung.

[Mittagspause]

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich begrüße Frau Dr. Doris Cornelsen, Herrn Armin Volze, Herrn Professor Jürgen Schneider, Herrn Walter Romberg, Herrn Dr. Matthias Artzt und Herrn Dr. Hannsjörg Buck.

Ich bin natürlich auch in der unangenehmen Pflicht, bei einer solchen Leitung immer auf die Zeit aufmerksam zu machen. Wenn ich es überschlage, kommt auf jeden Redner etwa 15 Minuten Vortragszeit. Aus Erfahrungen meiner bisherigen Moderation, möchte ich bitten, in Anbetracht des erwartenden Fragen volumens, die Vorträge möglichst kurz zu halten.

Ich bin kein Wirtschaftsexperte, deswegen kann ich zum Thema „Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“ fachlich wenig beitragen. Ich kann höchstens als ehemaliger Bürger der DDR mein Statement hierzu abgeben. In diesem Fall würde ich bemerken, daß wir viel darüber gescherzt haben, was die Wirtschaft West und die Wirtschaft Ost anging. Wir gingen davon aus, daß die menschliche Gesellschaft, beginnend von der Urgesellschaft, eigentlich drei wichtige Erfindungen hervorgebracht hat: nämlich die Arbeitsteilung, das Geld und das Rad. Die Arbeitsteilung wurde im Sozialismus relativ rasch rückgängig gemacht, d. h. jeder tapezierte seine Wohnung selber; das Geld wurde durch Nebenwährung wie Forumchecks und letztlich die DM unterlaufen, und ehe das Rad abgeschafft wurde, war das Jahr 1989 herangereift und das Staatswesen DDR endete.

Wir sagten damals gern: „Im Westen gibt es nichts, was man nicht bekommen könnte. Es gibt nur das Problem, daß man es gegebenenfalls nicht bezahlen kann“. Im Osten stellte sich die Situation so dar, daß man es hätte bezahlen können, aber man hat es halt nicht bekommen. Mit solchen einfachen Dingen kann recht anschaulich verdeutlicht werden, wie man aus der Sicht eines Normalverbrauchers die Wirtschaft beurteilte. Ich würde aber gern den Fachleuten das Wort überlassen. Ich erteile Frau Dr. Doris Cornelsen das Wort.

Dr. Doris Cornelsen: Ja, schönen Dank. Herr Eppelmann machte gleich zu Anfang in seinen einführenden Worten ein paar Äußerungen über die DDR-Forschung und über die Kenntnis der DDR in der Bundesrepublik.